WP-01-K3-940

Frieden in Freiheit sichern – innen und außen

BÜNDNIS 90 DIE GRÜNEN

Außerordentliche Bundesdelegiertenkonferenz
Berlin, 26. Januar 2025

Antragsteller*in:	BAG Frieden & Internationales
Beschlussdatum:	05.01.2024

Änderungsantrag zu WP-01-K3

Von Zeile 939 bis 944:
geopolitischen Interesse. Wir unterstützen den Beitrittswunsch der Westbalkanstaaten, der Ukraine, Moldaus und ~~Moldaus~~Georgiens, sofern sie alle Beitrittskriterien erfüllen. Wir sehen den mutigen und unermüdlichen Einsatz der ~~proeuropäischen~~demokratischen Kräfte in Georgien, Serbien und ~~möchten diese unterstützen~~anderen Kandidatenländer und unterstützen diese, um ~~Georgien~~den Ländern eine Zukunft in der EU zu ermöglichen. Kandidatenländer und enge EU-Partner wie Armenien unterstützen wir auch sicherheitspolitisch, um sie vor Destabilisierung durch Russland und anderen Bedrohungen zu schützen. Auch eine demokratische Türkei hat ihren Platz in der EU, doch eine Wiederaufnahme der Beitrittsgespräche setzt einen glaubhaften

Begründung

Die Alleinstellung Georgiens scheint hier unangemessen, denn Georgien hat ebenso wie andere Kandidatenländer kürzlich den Beitrittsstatus erhalten und der Beitrittsprozess des Landes sollte genauso unterstützt werden wie der der anderen Kandidaten. Leider gibt es nicht nur in Georgien Herausforderungen für die Demokratie und prorussische Tendenzen, auch Serbien ist hier zu nennen, aber die politische Lage ist in vielen Kandidatenländern volatil. In Georgien sind diese Tendenzen jedoch noch nicht festgefahren sondern werden aktuell auf der Straße und im ganzen Land verhandelt. Georgien separat zu erwähnen hatte möglicherweise zum Ziel, den aktuellen Kampf für die Demokratie und Europäische Integration hervorzuheben, kann jedoch eher gegenteilig wirken, nämlich dass Georgiens Beitrittsprozess in den Kontext des gescheiterten Beitrittsprozesses der Türkei verglichen wird, was ein zu frühes Urteil wäre und nicht die richtigen Anreize für die georgischen Demokrat*innen setzen würde.

"Proeuropäisch" wird durch "demokratisch" ersetzt, um zu betonen, dass es wirklich um demokratische Kräfte gehen muss, die EU-Werte teilen, und nicht um die Integration rein aus geopolitischen oder wirtschaftlichen Gründen.

Die EU-Mitgliedschaft bringt Sicherheit; der Wunsch nach Mitgliedschaft bzw. der Beitrittsprozess jedoch zusätzliche Risiken für Staaten, die Russland illegitimerweise als Teil seiner Einflusssphäre betrachtet oder just zur Destabilisierung der EU nutzen will. Wir sollten uns dafür einsetzen, dass die EU eine Strategie zur sicherheitspolitischen Zusammenarbeit mit und Unterstützung der Kandidatenländer entwickelt, die über die Ukraine hinausgeht. Bislang agieren wir - wie in vielen Bereichen - meist nur reaktiv.

Auch enge EU-Partner, insbesondere Armenien, sollten hierbei bedacht werden. Die EU engagiert sich sicherheitspolitisch bereits jetzt in Armenien, unter anderem über die Europäische Beobachtungsmission in Armenien sowie die europäische Friedensfazilität.

Deutschland spielt hier eine besondere Rolle, hat es doch in den letzten Jahrzehnten friedens- und sicherheitspolitisch eine besonders wichtige Rolle in der Region gespielt. Siehe https://beirat-zivile-

krisenpraevention.org/publikation/germanys-contributions-to-civilian-conflict-management-and-peacebuilding-in-the-eus-eastern-neighbourhood/